

Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage



Stand: 30.09.2012

1. Ausgangssituation

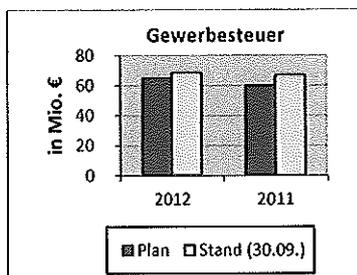
Die vom Gemeinderat am 15.12.2011 beschlossene Haushaltssatzung 2012 wurde am 19.01.2012 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt und am 15.02.2012 öffentlich bekannt gemacht.

In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat über die aktuelle Haushaltssituation in Form eines Berichts informiert.

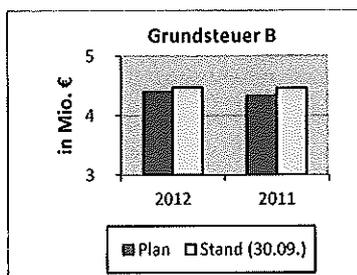
2. Wesentliche Planabweichungen

2.1 Verwaltungshaushalt

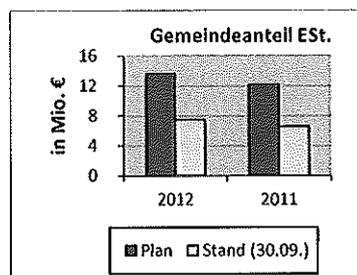
2.1.1 Einnahmen



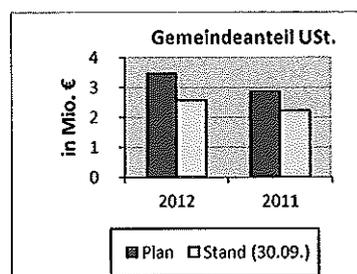
Die **Gewerbesteuereinnahmen** der Stadt Biberach im Jahr 2012 liegen derzeit um 3,58 Mio. € über dem Planansatz (65,00 Mio. €). Nach Abzug der zu erwartenden Gewerbesteuerumlage von 14,34 Mio. € ergibt sich zum Jahresende vermutlich ein Nettoaufkommen von 54,24 Mio. € (Vorjahr: 52,85 Mio. €), soweit keine weiteren Anpassungen von Vorauszahlungen mehr erfolgen.



Die Jahresveranlagungen bei der **Grundsteuer A** verlaufen planmäßig. Bei der **Grundsteuer B** kommt es zu Mehreinnahmen durch nachträgliche Veranlagungen bisher unbebauter Grundstücke von derzeit 68.900 €.



Nach der Mai-Steuerschätzung für das Jahr 2012 liegt das Landesaufkommen des **Gemeindeanteils an der Einkommensteuer** voraussichtlich bei 4,40 Mrd. €. Bei der Haushaltsplanung wurde noch ein Anteil von 4,20 Mrd. € unterstellt. Wir gehen davon aus, dass diese Prognose durch die November-Steuerschätzung bestätigt wird, so dass sich für den städtischen Haushalt Mehreinnahmen von rund 650.000 € abzeichnen.



Auch das Landesaufkommen des **Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer** erhöht sich nach den Prognosen der Mai-Steuerschätzung von 525 Mio. € auf 540 Mio. €, was voraussichtliche Mehreinnahmen von rund 99.000 € nach sich ziehen wird.

Durch die Erhöhung der Pauschalbeträge pro Einwohner (von 40 € auf 44 €) ergeben sich für die Stadt bei den **Schlüsselzuweisungen vom Land** Mehreinnahmen in Höhe von 93.000 €. Die **sonstigen Zuwendungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG)** verlaufen planmäßig.

Bei den **Gebühren und Entgelten** geht das Ordnungsamt bei den Verwaltungsgebühren zwischenzeitlich von Mehreinnahmen in Höhe von 44.000 € aus. Ursache hierfür ist die Ausstellung von mehr Reisedokumenten - dem stehen aber auch höhere Ausgaben gegenüber. Nach Wiedereröffnung der Tiefgarage Museum zeigt sich, dass die im ersten Halbjahr vom Ordnungsamt noch prognostizierten Mehreinnahmen von 133.000 € bei den Parkgebühren nicht erreicht werden können; derzeit beläuft sich die Einnahmeerwartung auf 58.000 € mehr als geplant. Bei den Baugenehmigungsgebühren rechnet das Bauverwaltungsamt aufgrund größerer Baumaßnahmen im gewerblichen Bereich mit Mehreinnahmen von rund 235.000 €. Nach Angaben des Amtes für Bildung, Betreuung und Sport wird der Ansatz bei den Kindergartengebühren aufgrund geringerer Kinderzahlen um 50.000 € unterschritten.

Bei den **Miet- und Pachteinnahmen** werden die geplanten Entgelte für die Verpachtung des Daches beim Räumlichen Bildungszentrum in Höhe von 113.000 € voraussichtlich erst im Jahr 2013 eingehen. Ansonsten gehen Gebäudemanagement und Liegenschaftsamt derzeit von einem planmäßigen Verlauf aus. Die Verwaltung der städtischen Wohngebäude ist seit dem 01.01.2006 auf den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach übergegangen.

Bei den **Zuschüssen des Landkreises** für den Öffentlichen Personennahverkehr kommt es zu geringeren Zahlungen vom Landkreis aufgrund der Vorjahresabrechnung in Höhe von 290.000 €. Diese Wenigereinnahmen sind jedoch haushaltsneutral, da die Zahlungen als Eigenkapitalstärkung wieder an die Stadtwerke fließen. Für die in der letzten Betriebsprüfung des Finanzamtes aufgeworfenen umsatzsteuerlichen Probleme zeichnet sich eine Lösung in Form einer neuen Verkehrsgesellschaft zusammen mit dem Landkreis ab (Dr. Nr. 145/2012).

Der geringe Bewirtschaftungsstand bei den **Inneren Verrechnungen** gleicht sich durch entsprechend niedrige Ausgaben wieder aus.

Bei den Einnahmen aus dem **Kindergartenlastenausgleich** und der **Kleinkindförderung** kommt es nach den Aussagen des Amtes für Bildung, Betreuung und Sport zu keinen größeren Planabweichungen. Dagegen kann aufgrund der nachträglichen Erhöhung der **Sachkostenbeiträge** beim Schullastenausgleich mit Mehreinnahmen von rund 101.000 € gerechnet werden. Zudem unterstützt das Land ab dem Jahr 2012 die Kommunen wieder bei der Schulsozialarbeit, was nicht geplante Einnahmen in Höhe von 60.000 € bedeutet.

Obwohl städtische Geldanlagen aufgrund des historischen Tiefs des Leitzinses derzeit nur mit sehr geringen Renditen angelegt werden können, rechnet das Kämmereiamt bei den **Zinsen aus Geldanlagen** für das laufende Jahr mit Mehreinnahmen von rund 6,80 Mio. €. Ausschlaggebend hierfür sind zum einen der geänderte Abrechnungsmodus für endfällige Geldanlagen und zum anderen die veränderte Darstellung bei der Verzinsung der zweckgebundenen Rücklagen (früher Rückstellungen) für Pensionslasten.

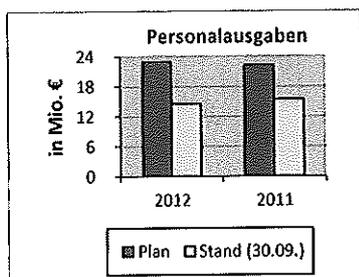
Diese Änderung in der Verbuchung führt zu einmaligen positiven Sondereffekten im Jahr 2012, die nicht geplant waren.

Im Bereich **Konzessionsabgaben** liegen die laufenden Abschlagszahlungen derzeit rund 50.000 € unter dem Planansatz. Die Abrechnung steht allerdings noch aus. Wir gehen davon aus, dass der Planansatz erreicht wird.

Bei den **weiteren Finanzeinnahmen** wurden von den Fachämtern keine größeren Abweichungen gemeldet. Die Einnahmen aus der **Vollverzinsung** der Gewerbesteuer liegen derzeit um rund 3,18 Mio. € über dem Planansatz. Diese Nachzahlungszinsen sind nicht planbar, weil die Stadt keine Informationen über noch ausstehende Betriebsprüfungen des Finanzamtes und deren voraussichtliche Ergebnisse hat.

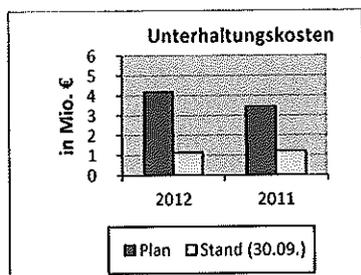
Die **kalkulatorischen Einnahmen** werden erst zum Jahresende verbucht. Diesen Einnahmen stehen dann in den verschiedenen Unterabschnitten Ausgaben in gleicher Höhe in Form von Abschreibung und Verzinsung gegenüber.

2.1.2 Ausgaben

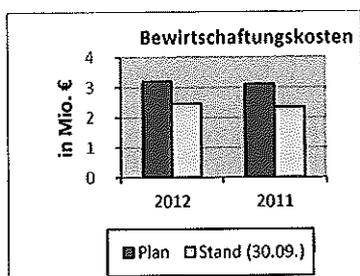


Entgegen der Einschätzung im letzten Quartal geht das Hauptamt bei den **Personalausgaben** zwischenzeitlich trotz höherer Tarifabschlüsse bei den Beschäftigten und Erhöhungen bei den Beamten von einer Unterschreitung des Planansatzes von rund 100.000 € aus. Ursächlich hierfür seien insbesondere verzögerte oder nicht erfolgte Wiederbesetzungen bei ausgeschiedenen Mitarbeitern (z. B. Rechnungsprüfungsamt, Wirtschaftsförderung, Referent für den OB).

Seit dem Jahr 2005 bildet die Stadt Biberach Rückstellungen für Altersteilzeit und seit 2006 auch zweckgebundene Rücklagen für Beihilfe- und Pensionslasten, die in den Planansätzen der Personalausgaben enthalten sind. Die Höhe der notwendigen Zuführungen oder Auflösungen der Rückstellungen bzw. Rücklagen werden der Verwaltung erst am Jahresende vom Kommunalen Versorgungsverband mitgeteilt.



Die Umsetzung der für die **Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude** geplanten Maßnahmen verläuft nach Angaben des Gebäudemanagements weitgehend planmäßig. Der niedrige Bewirtschaftungsstand resultiert aus der Auflösung von Haushaltsausgaberesten des Vorjahres. Die Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze verläuft nach Aussagen des Tiefbauamtes weitgehend im Rahmen der Planung. Lediglich bei der Feldwegunterhaltung kommt es zu geringeren Ausgaben von rund 60.000 €.



Die **Bewirtschaftungskosten** haben einen Stand von 76,69 % (Vorjahr: 75,24 %) des Planansatzes erreicht und verlaufen nach Aussage des Gebäudemanagements weitgehend planmäßig.

Die **Verwaltungs- und Betriebsausgaben** sind bisher mit 41,60 % (Vorjahr: 44,13 %) bewirtschaftet. Aus den Erfahrungen der Vorjahre rechnen wir hier mit Einsparungen von rund 100.000 €.

Bedingt durch die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zeichnen sich bei der **Gewerbesteuerumlage** Mehrausgaben von ca. 749.000 € ab. Die **Kreis- und FAG-Umlage** verlaufen dagegen fast planmäßig.

Bei den **weiteren Finanzausgaben** liegen die Erstattungszinsen aus der Vollverzinsung der Gewerbesteuer derzeit um ca. 2,23 Mio. € über dem Planansatz. Analog zu den Einnahmen aus der Vollverzinsung können diese Ausgaben nicht geplant werden, da sie von den Ergebnissen der Betriebsprüfungen des Finanzamtes abhängig sind.

Im Verwaltungshaushalt wurden bisher insgesamt 227.946 € (Vorjahr: 691.919 €) an **über- und außerplanmäßigen Ausgaben** bewilligt, die sich auf zahlreiche kleinere Ausgabepositionen aufteilen. Die haushaltmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen.

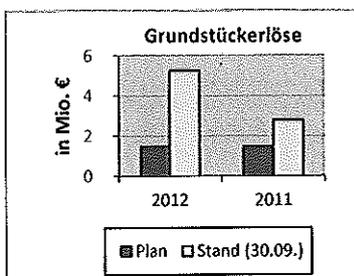
2.1.3 Entwicklung des Kulturbudgets

Das Kulturbudget besteht seit dem Jahr 2011 aus einem Abmangelbudget mit - 430.000 € und einem Stellenbudget von derzeit 80,83 Stellen. Insgesamt werden für den budgetierten Kulturbereich im Jahr 2012 damit rund 3,87 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Im Bereich des **Kulturbudgets** sind die Mittel auf der Einnahmeseite zu 77,02 % (Vorjahr: 75,31 %) und auf der Ausgabenseite zu 67,96 % (Vorjahr: 64,67 %) bewirtschaftet. Im Jahr 2011 konnte ein Überschuss von 728.518 € erwirtschaftet und in das Haushaltsjahr 2012 übertragen werden. Das ist der höchste Übertrag seit Einführung des Kulturbudgets.

2.2 Vermögenshaushalt

2.2.1 Einnahmen



Die Einnahmen aus **Grundstücksverkäufen** sind momentan zu 351,70 % des Haushaltsansatzes bewirtschaftet (Vorjahr: 187,33 %). Insgesamt rechnet das Liegenschaftsamtsamt mit Mehreinnahmen in Höhe von 4,70 Mio. € aufgrund von umfangreichen Verkäufen von Grundstücken im Gewerbegebiet Flugplatz und aufgrund der anhaltenden Nachfrage nach Bauplätzen insbesondere im Baugebiet Talfeld.

Wegen eines vertraglich vereinbarten Rücktrittsvorbehalts sind für möglich erachtete Einnahmen aus Grundstückserlösen nicht in den Planansatz 2012 eingestellt worden. Nachdem der Rücktrittsvorbehalt nicht in Anspruch genommen wurde, fallen zusätzliche Einnahmen an, die in diesem Umfang der Allgemeinen Rücklage zugeführt bzw. die Entnahme dadurch verringert werden kann.

Auch bei den **Beiträgen** kommt es zu Mehreinnahmen bei den **Ausgleichsmaßnahmen** von 725.000 €, ebenfalls durch die Grundstücksverkäufe im Gewerbegebiet Flugplatz. Resultierend aus der erhöhten Anzahl an Grundstücksverkäufen werden auch die **Erschließungsbeitragseinnahmen** um rund 160.000 € höher ausfallen.

Bei den **Landeszuschüssen** zeichnen sich wie bereits im vergangenen Jahr geringere Einnahmen ab. Nach Auskunft des Regierungspräsidiums ist im Jahr 2012 nicht mit einer Bewilligung des Zuschusses für den Neubau der Realschule zu rechnen. Dies führt zu einem Zuschussausfall von 4,10 Mio. € im Jahr 2012. Die Einnahmen werden im Haushalt 2013 erneut eingeplant.

Während für den Neubau der 100-m-Laufbahn ein Zuschuss von 16.000 € bewilligt wurde, wurde der Zuschuss für den Sportplatz Mettenberg abgelehnt, so dass gegenüber der Planung 68.000 € ausfallen werden.

Im Bereich Straßenbau kommt es im Jahr 2012 zu Mehreinnahmen in Höhe von 76.216 € durch die Rückzahlung von Landeszuschüssen für die Oberflächenentwässerung von Straßen, die zunächst vom Eigenbetrieb Stadtentwässerung vereinnahmt wurden, letztendlich aber der Stadt zustehen (Ergebnis der Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt).

Bei den Zuschüssen für die Stadtsanierung droht nach Angaben des Bauverwaltungsamtes eine Rückzahlungsverpflichtung der Stadt aus der Abrechnung für das Sanierungsgebiet "Östliche Innenstadt" von 253.000 €. Da im Jahr 2012 für das neue Sanierungsgebiet lediglich vorbereitende Maßnahmen anstanden, können die Zuschüsse nicht wie geplant abgerufen werden. Dem stehen aber auf der Ausgabenseite auch geringere Kosten gegenüber.

Aufgrund einer Erbschaft erhält die Stadt zusätzliche Einnahmen im Jahr 2012 in Höhe von 104.000 € und im Jahr 2013 weitere 52.000 € (Dr. Nr. 88/2012).

2.2.2 Ausgaben

Auf der Ausgabenseite sind bis auf wenige nachfolgend beschriebene Ausnahmen bisher keine erheblichen negativen Abweichungen gegenüber den Planzahlen erkennbar.

Im Gegensatz zu den Vorjahren erfolgt seit dem Haushaltsjahr 2011 die Verbuchung der **Zuführung an die zweckgebundenen Pensions- und Beihilferücklagen** nicht mehr im Verwaltungshaushalt sondern über eine Zuführung im Vermögenshaushalt. Da diese Umstellung in der Verbuchung (Abstimmung mit der Gemeindeprüfungsanstalt) nicht geplant war, führt dies zu Mehrausgaben, deren genaue Höhe erst nach Mitteilung durch den Kommunalen Versorgungsverband am Jahresende beziffert werden kann. Allein aus dem vorzeitigen Ausscheiden des Oberbürgermeisters resultiert jedoch eine ungeplante Zuführung von ca. 1 Mio. €.

Bei der **Zuführung zur Kapitalrücklage** der Stadtwerke Biberach GmbH kommt es zu Mehrausgaben von rund 737.000 €, die in einer separaten Vorlage ausführlich dargestellt und begründet sind (Dr. Nr. 111/2012). Zwischenzeitlich wurden von den Stadtwerken Biberach GmbH auch die Maßnahmen Parkhaus Ulmer Tor und Parkleitsystem abgerechnet. Hier kommt es zu Erstattungen an die Stadt in Höhe von ca. 226.000 €, so dass sich die Mehrausgaben insgesamt auf 511.000 € verringern werden.

Nach Angaben des Liegenschaftsamtes ist die Planung 2012 beim **Grunderwerb** so bemessen, dass die erforderlichen Grundstückskäufe getätigt werden können.

Da die Erneuerung der Saalbestuhlung in der Stadthalle im geplanten Umfang doch nicht notwendig ist, ergeben sich beim **Erwerb von beweglichen Sachen** geringere Ausgaben von 140.000 €.

Da im Jahr 2012 die Verlagerung der Tourist-Information ins Rathaus nicht umgesetzt werden kann, reduzieren sich die Investitionen für **Baumaßnahmen** um 80.000 €. Die restlichen Vorhaben verlaufen nach Informationen des Hochbauamtes weitestgehend planmäßig. Dasselbe trifft auch im Bereich des Tiefbaus zu. Lediglich im Bereich Stadtsanierung sind geringere Ausgaben zu verzeichnen, wie oben bereits beschrieben.

Die sonstigen **Zuschüssen an Dritte** liegen derzeit im Rahmen der Planung.

Aktuell sind im Vermögenshaushalt 1.881.767 € (Vorjahr: 1.131.238 €) **über- und außerplanmäßig** bewilligt worden. Davon entfallen 736.950 € auf die bereits beschriebenen Kapitalzuführungen an die Stadtwerke, 535.000 € auf die mit der Erschließung des Gewerbegebietes Flugplatz im Zusammenhang stehende Maßnahme "Hochwasserschutz Neuweihergraben" (Dr. Nr. 214/2011), 217.000 € auf die Umschichtung von Mitteln aus dem Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt für die Sanierung des Friedhofgebäudes (Dr. Nr. 42/2012), 113.500 € auf den Ersatz von Sportanlagen am Erlenweg für den Landkreis sowie 86.500 € auf die Ertüchtigung des Kreissportplatzes (Dr. Nr. 55/2012). Die haushaltsmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen.

3. Kassenliquidität

Die Liquidität der Stadtkasse ist nach wie vor gut. Die derzeit nicht benötigten Mittel konnten in Geldanlagen - entsprechend der Marktlage zu geringen Zinsen - angelegt werden. Aufgrund des ehrgeizigen Investitionsprogramms und dem erneuten Zuschussausfall für die Realschule müssen Zug um Zug Rücklagenmittel aufgelöst werden, um die Finanzierung sicherzustellen.

4. Zusammenfassung, Ergebnis

Auch im dritten Quartal 2012 stellt sich die finanzielle Situation für die Stadt Biberach weiterhin positiv dar. Konjunkturelle Einbrüche sind derzeit nicht zu verzeichnen, was sich insbesondere in einem nochmals angestiegenen Gewerbesteueraufkommen und den bereits im letzten Bericht prognostizierten höheren Landeszuweisungen sowie höheren Einkommen- und Umsatzsteueranteilen widerspiegelt. Letztendlich wird die November-Steuerschätzung zeigen, ob die Werte für 2012 so gehalten werden können.

Daneben führen insbesondere höhere Einnahmen aus der Vollverzinsung sowie Sondereffekte bei den Zinsen aus Geldanlagen zu einer deutlichen Verbesserung des Verwaltungshaushalts.

Auf der Ausgabenseite kann derzeit nach Angaben der Fachämter nur bei den Personalkosten mit nennenswerten Einsparungen gerechnet werden. Aufgrund der höheren Gewerbesteuererinnahmen fällt jedoch auch die Gewerbesteuerumlage höher aus. Zudem führen hohe Zinsen für Gewerbesteuererstattungen zu einer höheren Belastung.

Insgesamt gehen wir derzeit davon aus, dass die geplante Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt in Höhe von 14,04 Mio. € bei einem weiterhin planmäßigen Verlauf um rund 11,00 bis 13,00 Mio. € höher ausfallen wird.

Auch im Vermögenshaushalt stellt sich das Ergebnis aktuell etwas positiver dar, als noch im letzten Quartal vermutet. Mittlerweile kann man davon ausgehen, dass die Mehreinnahmen aus Grundstückserlösen und Ausgleichsmaßnahmen sowie aus Erschließungsbeiträgen und Erbschaften die Ausfälle bei den Landeszuschüssen mehr als kompensieren können.

Auf der Ausgabenseite zeichnen sich höhere Ausgaben bei der Zuführung an die Pensionsrücklagen und bei den Kapitalstärkungen für die Stadtwerke Biberach GmbH ab, die über die zusätzlichen Einnahmen nur teilweise kompensiert werden können.

Aufgrund der höheren Zuführung vom Verwaltungshaushalt gehen wir aktuell davon aus, dass die geplante Rücklagenentnahme von 13,85 Mio. € um voraussichtlich 9,50 bis 11,50 Mio. € auf rund 2,35 bis 4,35 Mio. € reduziert werden kann.

Wenn das Ergebnis 2012, wie dargestellt, verbessert werden kann, ist das eine gute Ausgangsbasis für die Haushalte der nächsten Jahre.



Leonhardt